

ARGE Tübingen

Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte
im Regierungsbezirk Tübingen

Stellungnahme zur Anhörungsfassung des Leitfadens Demokratiebildung

Seite 1 von 2

Die parlamentarische Demokratie befindet sich derzeit in einer ernsthaften Krise. Wie wir auf diese Krise reagieren, ist umstritten. Wir begrüßen ausdrücklich alle Bemühungen zur Verbesserung der Demokratiebildung in den Schulen, haben aber begründete Zweifel an der Umsetzbarkeit des besagten Leitfadens.

Die gymnasialen Lehrerinnen und Lehrer sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt und werden aktuell durch die aufwachsende Bildungsplanreform 2016 und die anstehende Oberstufenreform 2019 zusätzlich beansprucht. Daher sehen wir in den einzelnen Schulen kaum eine zielführende Möglichkeit zur Entwicklung und Umsetzung von fächerübergreifenden Konzepten zur Demokratiebildung.

Daher empfehlen wir:

1. Die Begrenzung des Umfangs des Leitfadens Demokratiebildung auf drei bis fünf Themenfelder und damit verknüpfte Basiskonzepte. Diese sollten vorrangig in dafür besonders geeigneten Schulfächern verankert werden, z. B. Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geographie, Deutsch und Ethik.

Mögliche Themenfelder können sein:

- Logisches Argumentieren, systemisches (vernetztes) Denken, Umgang mit komplexen Problemen
- Ursächliche Gründe für die aktuelle Schwäche des Parlamentarismus, Weiterentwicklung der Demokratie (Bürgerbeteiligungsformen: Bürgergutachten, ...)
- Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung, Entscheidungsfindungsprozesse

2. Zur Förderung einer hinreichend guten politischen Bildung als Basis der Demokratiebildung empfehlen wir

- mehr Politische Bildung in der Sekundarstufe I und die Zulassung eines gesellschaftswissenschaftlichen Profulfachs in Klasse 8-10
- einen durchgehend zweistündigen Kursstufenunterricht in den Basisfächern Gemeinschaftskunde und Geographie sowie eigenständige mündliche Abiturprüfungen in diesen Fächern (vgl. Gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform¹)

1 Gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform. Geographie und Gemeinschaftskunde in der Kursstufe der allgemein bildenden Gymnasien in Baden-Württemberg. 15.2.2019:
<https://www.dvypb-bw.de/index.php/positionen/stellungnahme-oberstufenreform>

ARGE Tübingen

Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte
im Regierungsbezirk Tübingen

Stellungnahme zur Anhörungsfassung des Leitfadens Demokratiebildung

Seite 2 von 2

Artikel 21 der Landesverfassung Baden-Württembergs lautet:

- (1) Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen.
- (2) In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.

Ein wesentliches Ziel schulischer Bildung ist es, junge Menschen zu einem selbstbestimmten Leben in unserer Gesellschaft und zur aktiven Mitgestaltung unserer Demokratie zu befähigen. In Zeiten eines beschleunigten technischen und gesellschaftlichen Wandels, globaler Umweltkrisen und erodierender Demokratien benötigen wir deutlich mehr Politische Bildung. Es zeigt sich allgemein, dass in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit, schon in der Sekundarstufe I zu wenig politische Bildung stattfindet. In Baden-Württemberg sind es im Schnitt weniger als 2,5% der Gesamtstundentafel im Gymnasium (Gökbudak und Hedtke 2019²). Dementsprechend fordern wir, dass das Fach Gemeinschaftskunde, mit seiner wichtigen Funktion als Ankerfach der politischen Bildung, mehr Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I und II erhält.

Dr. Martin Lindeboom Stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer
Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen

Die **ARGE Tübingen** ist die Interessengemeinschaft der Elternbeiratsvorsitzenden und Stellvertreter/innen an Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Information der Elternvertreter/innen über gymnasiale Themen sowie der Diskussion der schulischen Rahmenbedingungen und der Weiterentwicklung des Gymnasiums in Baden-Württemberg.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <https://www.arge-tuebingen.de/>

² Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemein-bildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Working Paper No. 9 der Didaktik der Sozialwissenschaften. Bielefeld: Universität Bielefeld.